



20.02.2020

Appell der Türkischen Gemeinde in Deutschland Rassismus ist der Vater der Probleme in unserem Land

Wieder sterben Menschen. Wieder sind rassistische Motive die Ursache. Wieder fühlt sich ein rechtsextremer Mörder dazu berufen, wahllos Menschen zu erschießen und Familien ins Unglück zu stürzen, die nur eines gemeinsam haben. Dieser Terror ist kein „Angriff auf uns alle“, er trifft gezielt bestimmte Menschen, aus rassistischen Motiven! Echte Solidarität bedeutet, das anzuerkennen.

Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen, den Familien der Opfer. Ihnen gilt unsere Aufmerksamkeit, unsere Solidarität, unsere Liebe. Wir, die Mitglieder der Türkischen Gemeinde in Hessen und Deutschland, leiden mit Ihnen, denn jeder und jede von uns weiß: Das hätte ich sein können!

Wir klagen diesen rassistischen Terror an. Wir klagen aber auch die Brandstifter*innen in Politik und Medien an. An alle, die Rassismus relativieren, herunterspielen und verleugnen: Schaut auf diese Stadt, schaut auf Hanau! Unser Appell richtet sich an:

Politiker*innen, die durch ihre achtlose Wortwahl Motive liefern und Rassismus den Boden bereiten. Migration als die Mutter aller Probleme zu bezeichnen, legitimiert rassistische Gewalt und ist Ansporn für rassistische Täter zu selbsternannten „Problemlösern“ zu werden. Zuerst verschieben sich die Grenzen des Sagbaren, dann kommt die Gewalt.

Medienvertreter*innen, die durch ihre unsensible Berichterstattung Opfer und ihre Familien entmenschlichen, indem nur von „Shisha-Morden“ die Rede ist oder von „fremdenfeindlichen oder ausländerfeindlichen“ Motiven. Die Opfer waren nicht fremd! Diese Menschen waren Hanauer*innen! Wir möchten, dass über sie berichtet wird mit Namen, Geschichten und Mitgefühl, wie im Fall von Walter Lübcke.

Übrigens: Ein Mensch, der aus rassistischen Motiven tötet, ist ein rassistischer Mörder und alles andere ist eine Relativierung!

Politiker*innen, die, gerade in Hessen, eine Aufklärung der rassistischen Morde durch den NSU durch das Wegschließen von Akten verhindert haben. Der Mord an Walter Lübcke, NSU 2.0, rechtsextreme Netzwerke in der Polizei – immer wieder Hessen! Die schwarz-grüne Koalition widmet sich derweil einem scheinbar drängenderen Problem: dem Linksextremismus.

Das erklärte Ziel rechtsextremer Terroristen und ihres parlamentarischen Arms, der AfD, ist die Destabilisierung unserer Demokratie und das Herbeiführen bürgerkriegsähnlicher Zustände. Wir alle sind jetzt gefragt. Es braucht die volle und dauerhafte Konzentration der Sicherheitsbehörden auf den Rechtsextremismus. Menschen, die von Rassismus, Diskriminierung und rassistischer Gewalt betroffen sind, müssen das Gefühl haben, dass dieses Land und diese Verfassung ihnen Schutz bieten. Sie müssen eingebunden werden bei der Entwicklung wirkungsvoller Strategien gegen Rassismus. Es braucht auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit Rassismus im deutschen Alltag und in der Folge Veränderungen in unseren Institutionen, wie es sie in Großbritannien nach dem Mord an Stephen Lawrence gegeben hat. Wir fordern als ersten Schritt einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich mit rechtem Terror und Rassismus beschäftigt!

Wie viele Menschen müssen noch sterben, bis wir erkennen, dass Rassismus der Vater der Probleme in diesem Land ist?